

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Jahre 2012 und 2013

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.01	Hilfen für junge Menschen und Familien
Produktgruppe:	41.01.01	Kinder - und Jugendförderung
Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2012 um 185 T€ erhöht.		
Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2013 um 277 T€ erhöht.		

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.05	Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB XII und II
Produktgruppe:	41.05.02	Bildung und Teilhabe
Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2012 um 185 T€ reduziert.		
Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2013 um 277 T€ reduziert.		

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	34	Jugend und Soziales
Kapitel:	3431	Allgemeine Bewilligungen für junge Menschen
Titel:	684 80-1	Zuschüsse an freie Träger für stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit

Der Anschlag wird für das Jahr 2012 von 3 349 300 € um 185 000 € auf 3 534 300 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2013 von 3 257 150 € um 277 150 € auf 3 534 300 € erhöht.

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	34	Jugend und Soziales
Kapitel:	3474	Leistungen für Bildung und Teilhabe (Soziales)
Titel:	681 14-8	Leistungen für soziale/kulturelle Teilhabe nach SGB II

Der Anschlag wird für das Jahr 2012 von 2 596 000 € um 185 000 € auf 2 411 000 € reduziert.

Der Anschlag wird für das Jahr 2013 von 2 774 400 € um 277 150 € auf 2 497 250 € reduziert.

Bei dieser Einsparung handelt es sich um einen Teil der in dieser Produktgruppe zusätzlich zu den Bundeseinnahmen bereitgestellten bremischen Haushaltsmittel. Die Absenkung erfolgt in Anpassung an den erwarteten Bedarf. Die Leistungsansprüche der Empfänger des Bildungs- und Teilhabepakets bleiben davon unberührt.

Dr. Hermann Kuhn,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Max Liess,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD